

Frank Kuschel
Samstag, 19. Juni 2010

Auswirkungen der Finanzkrise auf die öffentlichen Haushalte

Veränderung beginnt immer mit Widerstand. Es ist klar zu machen, dass Situation kein Naturgesetz ist, Alternativen aufzeigen.

Die kommunale Selbstverwaltung ist kein Gnadenakt, sondern hat Verfassungsrang (Art. 28 II GG).

Finanzielle Spielräume finden sich bei den Verwaltungsausgaben. Gemeint sind 5 bis 10 % der Verwaltungsausgaben für freiwillige Aufgaben

Wer Kommunale Selbstverwaltung angreift, stellt Demokratie in Frage.

Steuereinnahmesituation

Steuereinnahmen BRD	520 Mrd. EUR
davon:	
Bund:	250 Mrd. EUR
Länder:	200 Mrd. EUR
Kommunen:	70 Mrd. EUR

Davon rund 30 Mrd. EUR Gewerbesteuer, 10 Mrd. EUR Grundsteuer, 20 Mrd. EUR kommunaler Anteil Einkommenssteuer.

Steuerkompetenz liegt ausschließlich beim Bund (Mitwirkung der Länder über den Bundesrat) und Kommunen haben bei den Realsteuern (Grundsteuer, Gewerbesteuer) ein Hebesatzrecht.

Das Steuersystem ist stark konjunktur- und verbrauchsabhängig. Die Konjunkturabhängigkeit bezieht sich zu 85% auf die lohnabhängig Beschäftigten.

Die Unternehmertätigkeit und das Vermögen werden vergleichsweise gering besteuert.
Steuerquote auf Vermögen + Eigentum: 0,13% BIP (USA 3,1%)

Als Beispiel der Entwurf Landeshaushalt Thüringen:

Gesamtsteuereinnahmen	5,000 Mrd. EUR
Mehrwertsteuer	3,400 Mrd. EUR
Lohnsteuer	0,800 Mrd. EUR
Gewerbesteuer	0,400 Mrd. EUR
Körperschaftssteuer	0,013 Mrd. EUR

Reale Besteuerung Immobilien im Rahmen der Grundsteuer (nach tatsächlichen Verkehrswerten): Mehreinnahmen von 28 Mrd. EUR (Problem: Umlagefähigkeit auf Miete)

Das Steuersystem ist kein Naturgesetz, sondern politisch gewollt.

Das Steuerrecht ist also politisch geprägt, insofern trägt die Politik auch die Verantwortung.

Einkommensumverteilung führt zu höheren Finanzvermögen, was zur Suche neuer Anlageformen führt.

Einkommensumverteilung und hohes Finanzvermögen führt letztlich zu einer zunehmenden öffentlichen Verschuldung.

Zum einen sinken die Steuereinnahmen auf Grund geringerer Einkommen und steigende Arbeitslosigkeit.

Aber auch bewusste politische Einflussnahme: Durch Steuerrechtsänderungen wurden in 2009 auf 44 Mrd. EUR an Steuereinnahmen „verzichtet“, zuzüglich den Steuerrechtsänderungen durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz werden es in 2010 50 Mrd. EUR sein

Gleichzeitig steigen Sozialausgaben (allein Kommunen haben 40 Mrd. EUR Sozialausgaben).

Hartz IV Zusage: Kommunen sollen um mindestens 2,5 Mrd. EUR entlastet werden, tatsächlich wären rund + 10 Mrd. EUR nötig. Probleme: Hartz IV + SGB XII.

Dies führt letztlich zu einer steigenden Staatsverschuldung.

Schuldensituation

Übersicht zur Aufteilung der Schulden:

Gesamtschulden:	1.700.000.000.000 EUR
Davon entfallen auf:	
Bund:	1.070.000.000.000 EUR
Länder:	550.000.000.000 EUR
Kommunen:	80.000.000.000 EUR
+ Kassenkredite (werden als Kassenverstärkungsmittel bezeichnet)	63.000.000.000 EUR

Zusätzlich Schulden Sondervermögen, öffentliche Unternehmen:

Zinsaufwendungen:	85.000.000.000 EUR
-------------------	--------------------

Vermögenssituation

Privatfinanzvermögen: 4.600.000.000.000 EUR

(Gesamtprivatvermögen: 112 Billionen EUR, 1% Besteuerung: 1,1 Billionen EUR = 2 Jahreshaushalte aller öffentlichen Haushalte)

Zur Situation in der Bevölkerung:

27 Prozent der Bevölkerung verfügen über kein Fiskalvermögen,

10 Prozent der Bürger gehören andererseits 63 Prozent des privaten Geldvermögens.

63 Prozent der Bürger teilen sich 37 Prozent des Geldvermögens.

2009 in Zeiten der Krise wuchs das private Finanzvermögen um rund 250 Mrd. EUR (= Einnahmen eines Bundeshaushaltes)

Soziale Differenzierung nimmt zu:

Anteil „Oberschicht“ (ab 1.844 EUR/Monat) stieg von 2000 bis 2009 von 16% auf 19%,
Anteil „Mittelschicht“ (ab 860 EUR/Monat) reduzierte sich im gleichen Zeitraum von 66% auf 59%.

Anteil „Unterschicht“ (bis 859 EUR pro Monat) stieg von 2000 bis 2009 von 18% auf 22%.
(Quelle: DIW-Studie, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Mai 2010)

Höhe der öffentlichen Unterfinanzierung bei den Kommunen:

Jahresfehlbetrag 2010	15 Mrd. EUR
Investitionslücke	32 Mrd. EUR (47 Mrd. Bedarf, 15 Mrd. Ist)
Kassenkredite	30 Mrd. EUR
Länder:	40 Mrd. EUR (Nettokredite 2010)
Bund:	82 Mrd. EUR (Nettokredite 2010)
Gesamt:	200 Mrd. EUR (gerundet)

Gemessen an den gegenwärtigen Steuereinnahmen müssten die Steuereinnahmen um rund 35 % steigen. Unberücksichtigt ist der Abbau der bereits vorhandenen Schulden. Kommunale Steuereinnahmen (bisher Anteil 11,9%) müssten sich fast verdoppeln (auf mindestens 20%).

Kosten der Staatsverschuldung:

Zinsen:

Bund:	rund 70 Mrd. EUR
Länder:	rund 20 Mrd. EUR
Kommunen:	5 Mrd. EUR (einschließlich Kassenkredite)

Tilgungssituation:

Bund:	0 EUR
Länder:	0 EUR
Kommunen:	3 Mrd. EUR – gesetzlich vorgeschrieben (siehe jeweilige Kommunalverfassung oder Haushaltsverordnung)

Diskussion Schuldenmoratorium: seit 1950 wurde ca. das 4,1fache der ausgereichten Kreditsumme an Zinsen gezahlt.

Alternativ: Entschuldungsfonds bei den Ländern.

Konjunkturprogramm I + II:

2. Säulen:

- 10 Mrd. Investitionshilfen
- Steuerrechtsänderung: Grundfreibetrag, Einkommenssteuersatz, degressive Abschreibung, steuerliche Absetzbarkeit SV-Beiträge 2009 ./ 3,6 Mrd., 2010 ./ 6 Mrd. 2011 ...

Schlussfolgerung

Fazit: ab 2011 legen die Kommunen drauf!

Neoliberale These von zu hohen Arbeitskosten in der BRD ist nicht haltbar. Entscheidendes betriebswirtschaftliches Kriterium ist nicht die Lohnquote, sondern die Lohnstückkosten und hier ist BRD Spitze, deshalb auch Exportweltmeister.

Faktor Arbeit wird nicht durch Steuern belastet, sondern durch Sozialabgaben, weil diese am Faktor Arbeit gekoppelt sind. Hier Umdenken: Sozialversicherungssysteme vom Faktor Arbeit entkoppeln und an der Wertschöpfung des Unternehmens orientieren.

Abwanderung von Unternehmen hat nur bedingt etwas mit Lohnniveau zu tun, wird nur benannt, um weitere Zugeständnisse seitens der Politik zu bekommen (Beispiel Osten: niedriges Lohnniveau = Vollbeschäftigung?). Umverlegung von Unternehmen hat vorrangig etwas mit bewusster Marktnähe zu tun.

Kommunen können aus eigener Kraft nicht das Defizit decken. Sie sind auf Bund + Länder angewiesen, weil keine eigene Steuerkompetenz (außer Hebesatz → Art. 28 GG)

Weitere finanzielle Belastung der Bürger stößt auf Grenzen.

Diskussion Bundesebene: Reform Gewerbesteuer (FDP)

Gewerbesteuer hat noch kommunale Spielräume

Kampagne SPD + ver.di

www.gerecht-geht-anders.de

SPD hat viel dazu beigetragen: 20 Mrd. kommunale Steuerausfälle pro Jahr, steigende Sozialausgaben

Kampagne der LINKEN in Thüringen zum Landeshaushalt 2010 – „Kommunen in Not“

Richtig: Widerstand tatsächlich zersplittert.

PPP keine Lösung, auch nicht Privatisierung, Chancen in der Rekommunalisierung (auch wegen zusätzlicher Einnahmen).

Sparpaket – Minderung Bindennachfrage – volkswirtschaftlich bedenklich.

Frank Kuschel